

Europa-Gespräche – Teil 1

Die Europäische Staatsanwaltschaft – Errungenschaften, Konflikte, Entwicklungspotenzial



v.l.n.r.: Dr. Sebastian Trautmann, Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB, Dr. Gaetano Ruta, Prof. Dr. Dr. h.c. Tiziana Chiusi, Canan Bayram, MdB, Jun.-Prof. Dr. Dominik Brodowski; Foto: Jonas Fischer

Am 12.10.2021 trafen sich in der Landesvertretung des Saarlandes beim Bund in Berlin Interessierte aus Rechtswissenschaft, Politik und Justiz, um über einen Meilenstein der Europäisierung des Strafrechts zu diskutieren: Gut 100 Tage nach der Aufnahme der Ermittlungstätigkeit durch die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSa) wurden in einer, vom Rechtswissenschaftlichen Zentrum für Europaforschung der Universität des Saarlandes (RZE) in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium des Saarlandes und der Landesvertretung des Saarlandes in Berlin und Brüssel veranstalteten, Podiumsdiskussion Gedanken über deren aktuellen Stand und ihr zukünftiges Potenzial ausgetauscht.

Unter der Moderation von Prof. Dr. Dr. h.c. Tiziana Chiusi (Universität des Saarlandes, Vorstand des RZE) äußerten Jun.-Prof. Dr. Dominik Brodowski (Universität des Saarlandes, Vorstand des RZE und Co-Autor von Herrfeld/ Brodowski/Burchard, European Public Prosecutor's Office. Article-by-Article Commentary, Baden-Baden/München/Oxford 2021) Canan Bayram (Mitglied des Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Gaetano Ruta (Delegierter Europäischer Staatsanwalt, Zentrum Mailand), Prof. Dr. Patrick Sensburg (Mitglied des Bundestages, CDU) und Dr. Sebastian Trautmann (Delegierter Europäischer Staatsanwalt, Zentrum Köln, zugleich stv. Europäischer Staatsanwalt) ihre Einschätzungen zum derzeitigen Stand und zukünftigen Potenzial der Ermittlungsbehörde und gaben dabei jeweils Einblicke in ihre politische oder praktische Arbeit bezüglich der EUSa. Im Publikum saßen

unter anderem Esra Limbacher (Mitglied des Bundestages, SPD), Günter Matschiner (Generalstaatsanwalt des Saarlandes), Michèle Bucher-Rixecker (Abteilungsleiterin im Ministerium der Justiz des Saarlandes) und weitere Vertreter aus Politik, Ministerialverwaltung, Justizpraxis und Wissenschaft. Den Beginn der Veranstaltung markierte die Begrüßung des Leiters der Landesvertretung des Saarlandes bei der Europäischen Union, Christoph Roth, der die Veranstaltung organisatorisch unterstützte. Auch der Staatssekretär für Justiz und Europa sowie Bevollmächtigte für Europaangelegenheiten des Saarlandes, Roland Theis, begrüßte als Veranstalter die Gäste. Der Staatssekretär, der als Mitglied des Beirats die Arbeit des RZE entscheidend prägt, lobte die Konzeption der Veranstaltung, die, der Idee bei der Gründung des Zentrums entsprechend, Wissenschaft, Politik und Praxis vereinte und so eine gemeinsame, intersektionale Auseinandersetzung mit der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft ermöglichte.



Staatssekretär Roland Theis begrüßt die Gäste des Europa-Gesprächs.
Foto: Jonas Fischer

Jun.-Prof. Dr. Dominik Brodowski übernahm das Impulsreferat über Errungenschaften, Entwicklungspotenzial und Konflikte bei der Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft.



Jun. Prof. Dr. Dominik Brodowski Foto:
Jonas Fischer

Die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft, so Brodowski, markiere eine Zeitenwende in der Europäisierung des Strafrechts. Durch die parallele Anwendung der EU-Verordnung über die Europäische Staatsanwaltschaft und nationales Straf- und Strafprozessrecht könne Kohärenz im nationalen Kontext erreicht und gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Mitgliedstaaten vereinfacht werden. Kritik übte er allerdings am brüchigen Rechtsrahmen bei der strafjustiziellen Zusammenarbeit mit den nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten und forderte „Eile und besonderes rechtspolitisches Augenmerk“, um die effektive internationale Zusammenarbeit mit Drittstaaten nicht im Sande verlaufen zu lassen. Entwicklungspotenzial sah Brodowski, in Deutschland, in der

Bündelung gerichtlicher Zuständigkeiten an den Sitzen der EUSTa-Zentren und in der

Erweiterung der Zuständigkeiten der EUSStA, die sich nach drei Kriterien richten sollte: dem Mehrwert der Ausweitung, dem gesamteuropäischen Interesse an den Straftaten und der Möglichkeit zur Bewahrung der Kohärenz der ineinander verwobenen Straftverfolgungssysteme.

Der Vortrag Brodowskis leitete eine angeregte Diskussion auf der Bühne ein. Aufgrund seiner Position als Delegierter Europäischer Staatsanwalt und als stellvertretender Europäischer Staatsanwalt konnte Dr. Sebastian Trautmann von der nationalen Arbeit der EUSStA und von deren supranationaler Organisation berichten. Der Ermittlungsbehörde sei es gelungen, mit geringen personellen Mitteln eine Vielzahl von Fällen in Angriff zu nehmen und die Vernetzung der europäischen Strafverfolgung zu fördern. Für eine Erweiterung der Kompetenzen sei es aber auch nötig, weiteres Personal zu involvieren.



Sein Kollege Dr. Gaetano Ruta brachte die Perspektive der italienischen Zentren der Staatsanwaltschaft ein. Er lobte die gute Zusammenarbeit, allerdings sei diese, speziell zwischen Deutschland und Italien, bereits vor der Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft sehr ausgeprägt gewesen. Auf die Frage der Moderatorin, wie er die



Bedenken italienischer Staatsanwälte einschätze, durch die Evokation durch die EUSStA bei der Verfolgung bestimmter Straftatbestände, in denen besonders Mafia-Organisationen involviert sind, könne die Verfolgung weniger effektiv werden, da in der EUSStA die spezifischen Kompetenzen der lokalen Strafverfolgungsbehörden fehlen, wie sie etwa italienische Staatsanwälte im Laufe von Jahrzehnten gesammelt haben, entgegnete

Ruta, auf diese Kompetenzen werde auch die EUSStA weiter zurückgreifen. Auch auf die Frage, ob denn die Besetzung der EUSStA in Italien, mit derzeit 15 Europäischen Staatsanwälten, ausreichend sei für die Verfolgung aller Straftaten, antwortete Ruta, dass geplant sei, mehr italienische delegierte Europäische Staatsanwälte einzustellen.

Die Seite der Politik wurde von den Abgeordneten des Bundestages Canan Bayram und Prof. Patrick Sensburg vertreten, die beide die Entstehung der EUSStA als Mitglieder des Rechtsausschusses des Bundestages begleitet hatten.

Für Prof. Sensburg war vor allem die enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und mit Eurojust entscheidend. Dr. Trautmann bestätigte, dass die Zusammenarbeit mit diesen



Akteuren in der Praxis besonders eng sei, dass die Behörden aber dennoch unabhängig voneinander seien und unterschiedliche Aufgaben und Zuständigkeiten haben. Sensburg berichtete auch von den ursprünglich weiter reichenden Plänen der Kommission bezüglich der EUStA. Die Reduktion auf die Verfolgung von Finanztatbeständen in einem hybriden Modell sei ein Ergebnis der Beratungen der Ratsarbeitsgruppe zur Zusammenarbeit in Strafsachen.



Bayram berichtete über die Vorgänge im Unterausschuss Europarecht im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, wo man sich von Beginn an für die Errichtung der EUStA eingesetzt habe und weiterhin Möglichkeiten diskutiere, diese zu stärken. In dem Zusammenhang würdigte sie die Arbeit der EUStA und ihrer Leiterin, der Europäischen Generalstaatsanwältin Laura Kövesi, als zukünftige wichtige Hilfe auch bei der politischen Bewertung von finanziellen Angelegenheiten der Union.

Nach zwei Stunden intensiver Diskussion, die von anregenden Fragen aus einem fachlich hoch kompetenten Publikum befeuert wurden, bedankte sich Prof. Chiusi im Namen des Vorstandes des RZE bei Staatssekretär Theis, bei Christoph Roth und bei der Landesvertretung des Saarlandes beim Bund in Berlin für ihre Gastfreundschaft und die perfekte Organisation. Ganz



Foto: Jonas Fischer

besonders bedankte sie sich auch bei den zahlreichen und prominenten Gästen für die Teilnahme und die weiterführenden Fragen. Schließlich lud Herr Roth die Teilnehmer ein, den Austausch bei einem Glas Wein in den Räumlichkeiten der Landesvertretung fortzusetzen.